



DTG *informiert*

DAS STEUER- UND GROLLBLATT

Jahrgang 2012 Nr. 7

DTG

DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

**Kompetenz
statt Chaos**

Landesverband Berlin

**Kritik beim Innensenator:
Besoldungserhöhungen
sind unzureichend!**



Leben heißt Veränderung – wir begleiten Sie.

Absicherung und Vorsorge
rechtzeitig checken lassen!

Jetzt Termin
vereinbaren!

Das Leben bringt viele Veränderungen mit sich,
z. B. der Start ins Berufsleben oder die Gründung
einer Familie.

Denken Sie in solchen Situationen daran, Ihre
Absicherung und Vorsorge anpassen zu lassen?
Wissen Sie, was zu tun ist?

**Nutzen Sie unser unverbindliches Beratungs-
angebot. Vereinbaren Sie jetzt einen Termin.**

GESCHÄFTSSTELLE Berlin

Telefon 030 21302-411
Telefax 030 21302-282
Marburger Straße 10
10789 Berlin

Öffnungszeiten:

Mo.–Do. 8.00–18.00 Uhr
Fr. 8.00–16.00 Uhr



HUK-COBURG
Aus Tradition günstig

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ausbildung, Förderung sowie Unterstützung junger Beschäftigter gehören mit zu den grundlegenden Aufgaben von DSTG und DSTG-Jugend.

Gerade als einzige Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung kämpfen wir ständig für die Verbesserung der Chancen von Anwärtinnen und Anwärtern auf Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Probe. Auch die Weiterentwicklung der Ausbildung sowie ein sinnvoller Einsatz der jungen Kolleginnen und Kollegen entsprechend ihren Fähigkeiten stehen auf unserer politischen Agenda. Dies umfasst für uns aber keine populistischen Maßnahmen, die alle vier Jahre vor den Personalratswahlen öffentlichkeitswirksam durchgeführt werden. Vielmehr bedeutet es, jeden Tag an der Verbesserung der Ausbildung zu arbeiten. Statt bloßer Forderungen arbeiten DSTG und DSTG-Jugend konstruktiv und zielorientiert, machen konkrete Vorschläge und stellen eigene Konzepte vor.



Oliver Thiess

Gerade im Bereich der praktischen Ausbildung in den Finanzämtern kann noch sehr viel getan werden. So sind zum Beispiel gerade die Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen, die im Rahmen der Ausbildungsarbeitsgemeinschaften (AbAGs) unterrichtend tätig sind. Dabei kann der Landesverband Berlin über die Gremien von DSTG und DSTG-Jugend auf Bundesebene auch auf die Methoden und Erfahrungen der anderen Bundesländer zurückgreifen. Mit Schreiben vom 22. Juli 2012 haben wir der Senatsverwaltung für Finanzen ein Projekt zu den AbAGs vorgeschlagen, um nunmehr auch in Berlin weitere positive Veränderungen in der Ausbildung zu bewirken.

Als Gewerkschaft wissen wir natürlich, wie eingeschränkt die Handlungsmöglichkeiten der Personalvertretungen im Bildungszentrum Königs Wusterhausen sind. Deshalb stehen wir in ständigem Kontakt mit der Landesfinanzschule und der Fachhochschule und bleiben immer am Ball, um aktuelle Probleme zu lösen. Letztlich kann das aber nur gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Finanzen gelingen, die sich aber zwischenzeitlich dieser besonderen Verantwortung auch stellt.

Aber auch die Zeit nach dem Ende der Ausbildung ist nicht zu vergessen. Viele junge Kolleginnen und Kollegen werden noch während der Probezeit ins „kalte Wasser“ geworfen und sollen auf – häufig seit längerem – verwaisten Plätzen die Arbeit von erfahrenen Kolleginnen und Kollegen schaffen bzw. diese bereits unmittelbar nach Ausbildungsende ersetzen. Dies führt schnell mal zu Überforderung, Frustration und schließlich krankheitsbedingtem Ausfall. Junge Kolleginnen und Kollegen, die frisch nach der Ausbildung ins Amt kommen, dürfen nicht einfach „verheizt“ werden.

Mit Bestürzung haben wir das neue Konzept zur Gewinnung von Nachwuchskräften für die Außenprüfung zur Kenntnis genommen. Den Absolventinnen und Absolventen des gehobenen Dienstes E 2009 wurde ohne vorherige Ankündigung ein Schreiben zugestellt, welches Ihnen die Neueinstellung als Beamtin/Beamter auf Probe bzw. als Tarifbeschäftigte/Tarifbeschäftigter zusichert. Die Anwärtinnen und Anwärter können sich jedoch nur für den Außendienst-Einsatz in einem der vier Finanzämter für Körperschaften entscheiden sowie für ein regional zuständiges Finanzamt im Rahmen einer vorgeschalteten zweijährigen Abordnung. Wir halten nicht nur den Zeitpunkt der Mitteilung zwischen schriftlicher und mündlicher Laufbahnprüfung für unglücklich, sondern auch die Art der Veröffentlichung. Wir empfinden es als ein Zeichen mangelnder Wertschätzung gegenüber den Kolleginnen und Kollegen, dass KEIN Vertreter von SenFin sich nach Königs Wusterhausen begeben und über die veränderten Pläne für den künftigen Einsatz persönlich informiert hat. Sollten diese Planungen so umgesetzt werden wie bisher verkündet, ist es zudem kein Beispiel für ein durchdachtes Personalentwicklungskonzept. Es führt in absehbarer Zeit zu einem weiteren Ausbluten der Innendienste und der physischen Finanzämter. Eine vernünftige Personalplanung erfordert jedoch eine gleichmäßige Ausstattung aller Bereiche und Finanzämter, um die Arbeitsbelastung einzelner Beschäftigtengruppen nicht noch weiter zu steigern.

DSTG Berlin und DSTG-Jugend Berlin werden auch weiterhin für die Interessen aller Beschäftigten in der Finanzverwaltung eintreten.

Mit kollegialen Grüßen

**Abruf-Dispokredit¹⁾
bis zum 6-Fachen
Ihrer Nettobezüge**

0,_{Euro}

Bezügekonto für den öffentlichen Sektor

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für Beamte im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamtinnen, Beamte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

0,- Euro Bezügekonto

- Kostenfreie Kontoführung (ohne Mindesteingang) und BankCard und viele weitere attraktive Extras!

+ 7,99 % p. a. Abruf-Dispokredit^{1,2)}

- Bis zum 6-Fachen Ihrer Nettobezüge

Beispiel:	Nettodarlehensbetrag	10.000, Euro
	Laufzeit	12 Monate
	Sollzinssatz (veränderlich)	7,99 % p. a.
	Effektiver Jahreszins	8,23 %

Den günstigen Abruf-Dispokredit bieten wir Ihnen in Abhängigkeit Ihrer Bonität bis zu einem Nettodarlehensbetrag in Höhe von 50.000, Euro und für eine Laufzeit von bis zu 4 Jahren.

+ 0,- Euro Depot¹⁾

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

BBBank-Filialen in Berlin und Umgebung

- Hausvogteiplatz 3-4, 11117 Berlin, Telefon 030/2 02 48-0
- Luisenstraße 41, 10117 Berlin, Telefon 030/28 30 46-0
- Augsburger Straße 5, 10789 Berlin, Telefon 030/71 48 94-0
- Friedrich-Ebert-Straße 113, 14467 Potsdam, Telefon 03 31/73 04 09-0

Ihr Ansprechpartner

Michael Manthey, Mobiler Kundenberater Öffentlicher Dienst
Mobil 01 72/6 79 74 73, E-Mail michael.manthey@bbb-bank.de
www.bezuegekonto.de



GESPRÄCH MIT INNENSENATOR HENKEL

Im Rahmen eines beamtenpolitischen Grundsatzgespräches mit Vertretern des dbb berlin hatten der Landesvorsitzende der DSTG Detlef Dames, sein Stellvertreter Bernd Raue und die stellvertretende DSTG-Landesfrauenvertreterin Christiane Michl Gelegenheit, mit dem Innensenator Frank Henkel Themen anzusprechen, die den Beschäftigten in den Finanzämtern unter den Fingernägeln brennen.

Einen breiten Raum nahmen bei diesem Gespräch die hochbrisanten Themen der Besoldung und Personalausstattung bzw. Personalgewinnung für die Finanzämter ein.

Detlef Dames machte deutlich, dass die geplanten Besoldungserhöhungen in 2012 und 2013 mit jeweils 2 % zum 1. August des jeweiligen Jahres viel zu gering ausfallen. Hier wird zwar ein Prozess früherer Jahre - noch geringere oder gar keine Besoldungserhöhungen zu zahlen – umgekehrt. Gleichwohl fällt die Erhöhung aber vollkommen unzureichend aus. Zu einer spürbaren Angleichung an das Bezahlungsniveau anderer Bundesländer führt dies jedenfalls nicht!

Innensenator Henkel gab zu erkennen, dass es weiterhin die Absicht des Senats sei, bis Ende 2017 den Besoldungsrückstand gegenüber den anderen Bundesländern aufgeholt zu haben. In den Jahren 2012 und 2013 seien aber keine weiteren Erhöhungen möglich. Er war jedoch nicht bereit, genaue Prognosen (oder gar Prozentsätze) für die Jahre 2014 bis 2017 abzugeben, da dies aus seiner heutigen Sicht als „Kaffeersatzleserei“ und daher als unseriös zu bezeichnen sei. Auf Nachfrage erklärte er aber ausdrücklich, dass die geplanten Erhöhungen jeweils zum 1. August der Jahre 2012 und 2013 trotz Flughafendesaster und anderer Entwicklungen „in Stein gemeißelt“ seien. Zwar würde nicht mehr rechtzeitig vor dem 1. August über den Entwurf des Gesetzes zur Anpassung der Besoldung und Versorgung 2012/2013 beschlossen werden können, aber die Besoldung werde ab diesem Datum erhöht und gegebenenfalls zu einem späteren Termin nachgezahlt. Er rechne mit einem Beschluss des Abgeordnetenhauses im Herbst dieses Jahres.

Ein Schelm wer Böses dabei denkt - jeder Monat Verzögerung führt zu einem Zinsvorteil für das Land Berlin, der nicht an die Beschäftigten weitergegeben wird. Auch mit der ketzerischen Frage der DSTG-Vertreter, ob die Zahlung vielleicht erst im Dezember 2012 erfolgen würde, ließ er sich zu keiner Prognose über den Zahlungszeitpunkt hinreißen.



Detlef Dames (DSTG), Innensenator Frank Henkel, Christiane Michl (DSTG) und Bernd Raue (DSTG) am Rande des Gesprächs.

Die DSTG-Vertreter sprachen zudem die zu geringe Personalausstattung in den Finanzämtern an, die zu einer Überbelastung der Kolleginnen und Kollegen und in der Folge bereits zu einem sehr hohen Krankenstand geführt hat. Dames wies darauf hin, dass mit einer Personalausstattung von nur 90 % des Ergebnisses der Personalbedarfsberechnung nicht 100 % Arbeitserledigung gewährleistet werden kann. Zumal von diesen 90 % auch noch eine zweistellige Krankenquote abgezogen werden muss. Hinzu kommt, so Dames, dass derzeit die Personalgewinnung ein großes Problem sei. Neben der un-

zureichenden Bewerberlage, insbesondere wegen der Unattraktivität des Berufsbildes, wirkt die Übernahmepraxis kontraproduktiv. Es müssen endlich wieder alle Kolleginnen und Kollegen, die die Laufbahnprüfung bestehen, in ein Beamtenverhältnis auf Probe eingestellt werden – nicht nur diejenigen, die die Ausbildung mit der Note drei und besser absolvieren. Etwas anderes kann sich die Berliner Verwaltung und damit auch die Steuerverwaltung in Jahren, in denen der Überalterungsprozess in den Finanzämtern vehement voranschreitet, nicht mehr leisten. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, dass die Leistungen in der Praxis häufig nicht von den Prüfungsnoten geprägt sind. Die DSTG-Vertreter baten Frank Henkel um Unterstützung für ihre Forderung. Der Innensenator zeigte Verständnis für das Anliegen der DSTG. Allerdings sei er für den Bereich der Finanzämter nicht zuständig und könne daher lediglich gegenüber dem Finanzsenator als Ratgeber auftreten.

Innensenator Henkel und die DSTG-Vertreter beendeten die Gesprächsrunde mit der Verabredung weiterer Gespräche.

DSTG BEI STAATSEKRETÄR KLAUS FEILER

Zu einem ersten Gedankenaustausch trafen sich Vertreter des dbb beamtenbund und tarifiunion sowie der DSTG mit dem neuen Staatssekretär bei der Senatsverwaltung für Finanzen Klaus Feiler, der insbesondere für die Personalfragen der Steuerverwaltung und die Tarifangelegenheiten im Land Berlin zuständig ist. Für die DSTG waren der Landesvorsitzende Detlef Dames und sein Stellvertreter Bernd Raue dabei.

In einer sehr offenen Gesprächsatmosphäre fand ein Austausch über diverse Problemfelder statt. So wies Bernd Raue darauf hin, dass bislang eine Nachricht seitens der Landesregierung fehle, wann denn endlich der im Tarifvertrag vereinbarte Wiedereintritt in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) erfolgen wird. Der Staatssekretär erläuterte, dass alle vorbereitenden Maßnahmen von der dafür zuständigen Senatsverwaltung für Finanzen bereits getroffen seien und entsprechender Schriftverkehr zur Klärung über außer- und übertarifliche Zahlungen mit der TdL geführt werde. Das Land Berlin strebt den Wiedereintritt in die TdL zum 1. Januar 2013 an. Schwierigkeiten, diesen Termin einhalten zu können, sehe die Senatsverwaltung für Finanzen nicht.

Im Hinblick auf die von den DSTG-Vertretern geschilderten Personalprobleme in den Finanzämtern erläuterte der Staatssekretär, dass bis zur Erstellung des Doppelhaushaltes 2014/2015 ein weiteres Personalbedarfskonzept - und zwar nicht nur für die Finanzämter - erarbeitet werden müsse. Die Finanzämter seien, so Feiler, beim Doppelhaushalt 2012/2013 von den Einsparungen beim Personal ausgenommen worden. Alle anderen Personalhaushalte müssten 3,1 % pro Jahr einsparen.

Der DSTG-Landesvorsitzende Detlef Dames wies erneut darauf hin, dass der derzeitige Einstellungskorridor von 150 Laufbahnbewerberinnen und Laufbahnbewerbern nicht ausreichen würde, um die Arbeitsfähigkeit der Finanzämter zu erhalten. Daraufhin teilte der Staatssekretär mit, dass auf Grund der nicht mehr vorhandenen „Einsparungsknebelung“ ein Einstellungskorridor nicht mehr notwendig sei. Vielmehr könne nun in der Steuerverwaltung auch der erhöhte Bedarf durch Einstellungen ausgeglichen werden.

DSTG-Vertreter und Staatssekretär vereinbarten zu gegebener Zeit weitere Gespräche.

Resümee dieses Gesprächs:

Die DSTG wird die Forderung an den Finanzsenator erneuern, die Einstellungszahlen drastisch nach oben zu korrigieren und die Anwärterinnen bzw. Anwärter unabhängig von ihrer Laufbahnnote im Beamtenverhältnis auf Probe einzustellen.

WAHLEN - WAHLEN - WAHLEN

Mit der Auszählung der Wahlen zur Hauptjugend- und -Auszubildendenvertretung (HJAV) am 1. Juni 2012 endete der erste Teil des Wahljahres 2012 im Bereich der Berliner Finanzämter. Bereits am 14. März 2012 wurden in den Finanzämtern die örtlichen Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) und die Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung (GJAV) gewählt.



Bei der Wahl zur GJAV erhielt die DSTG-Liste 81 Stimmen und somit 4 Sitze. Leider konnten wir diesmal die Mehrheit nicht erringen. Die DSTG wird sich unabhängig davon selbstverständlich weiterhin aktiv für die Interessen der Anwärterinnen und Anwärter einsetzen und für eine faire Ausbildung und eine Übernahme aller Anwärterinnen und Anwärter nach bestandener Laufbahnprüfung kämpfen.

Ein sehr erfreuliches Ergebnis brachte die Wahl zu den örtlichen Jugend- und Auszubildendenvertretungen. In elf Finanzämtern stellt die DSTG nun die Interessenvertretung für die Anwärterinnen und Anwärter – also die Mehrheit der gewählten JAV'en.

In der HJAV werden die Interessen der Finanzämter einzig und allein von Mitgliedern der DSTG vertreten. Hier konnte der dbb berlin, auf dessen Liste die DSTG-Kandidaten antraten, zwei Sitze erringen.

Die Landesleitung und die Landesjugendleitung der DSTG wünschen allen Gewählten viel Erfolg und natürlich auch Freude an ihrer neuen Aufgabe. Wir werden sie jederzeit unterstützen sowie mit Rat und Tat zur Seite stehen.



Martin Kusber (Finanzamt Friedrichshain-Kreuzberg / stellvertretender DSTG-Landesjugendvorsitzender) war Spitzenkandidat des dbb berlin. Gemeinsam mit Kathrin Winkelmann (Finanzanwärterin im Finanzamt Prenzlauer Berg) vertritt er nun als ständiges Mitglied in der HJAV die Interessen auch der Anwärterinnen und Anwärter der Steuerverwaltung auf Landesebene.

IMPRESSUM

Herausgeber:	Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) Landesverband Berlin Mutzstr. 32, 10777 Berlin, Tel. 030 21473040 Fax 030 21473041 www.dstg-berlin.de, e-mail: info@dstg-berlin.de
V.i.S.d.P.	Detlef Dames, Landesvorsitzender
Redaktion	Detlef Dames, Rolf Herrmann, Jürgen Köchin, Mario Moeller, Bernd Raue, Christa Köglin
Fotos:	Archiv der DSTG Berlin
Anzeigenverwaltung:	Götz Lemke, Landesgeschäftsstelle
Druck	eXtremdruck, Rödenauen 15, 96455 Neustadt b. Coburg, www.extremdruck.de
Auflage	7.500 Exemplare - kostenlose Verteilung an die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung
Erscheinungsweise	10 x jährlich
Nachdruck, Vervielfältigung oder Verbreitung, nur nach Genehmigung unter Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplars. Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfassenden / des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG Berlin nicht übereinstimmen muss.	

LAUFBAHNVERORDNUNG STEUERVERWALTUNG VORGELEGT

Kurz nach Redaktionsschluss der letzten Ausgabe des Steuer- und Grollblattes legte die Senatsverwaltung für Finanzen den Entwurf einer Verordnung über die Laufbahnen der Beamtinnen und Beamten der Steuerverwaltung (Laufbahnverordnung Steuerverwaltung - Steuer-LV) vor. Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen nahm die DSTG Berlin am 30. Juli 2012 dazu gegenüber dem dbb berlin Stellung.

Dabei machte die DSTG erneut deutlich, dass das späte Vorlegen des Entwurfs durch die Senatsverwaltung für Finanzen zu rügen ist. Aufgrund der noch erforderlichen Verfahrensschritte sei nun die rechtzeitige Änderung/Erstellung der darauf aufbauenden Vorschriften zum 1. Januar 2013 gefährdet. Dies gelte insbesondere im Hinblick auf die anzupassenden Beurteilungsvorschriften (AV BVStD) sowie das zu erstellende Personalentwicklungskonzept. Auch würde allein der vorgelegte Entwurf der Laufbahnverordnung eine abschließende Beurteilung nicht zulassen, ob in der Steuerverwaltung die mit der Reform des Laufbahnrechts verfolgten Ziele auch tatsächlich umgesetzt würden. Dafür bedürfe es einer Gesamtbetrachtung, die jedoch erst nach Vorliegen der weitergehenden Ausführungsvorschriften vorgenommen werden könne.

Umso wichtiger ist es aus Sicht der DSTG Berlin, dass bei jeder einzelnen Neuregelung die Modernisierung, Flexibilisierung und Öffnung des Laufbahnrechts im Fokus steht. Ob dies künftig erreicht werden kann, wird sich insbesondere am Umgang mit der Frage zeigen, ob im zweiten Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 weiterhin ausschließlich Juristen eingestellt werden oder die in § 16 Abs. 5 Steuer-LV aufgeführten Studienfachrichtungen (neben den Rechtswissenschaften auch Wirtschafts-, Finanz- und Sozialwissenschaften) breiter als bisher als Zulassungskriterium herangezogen werden. Insbesondere neue Studiengänge, die übergreifend Kenntnisse aus mehreren Studienfachrichtungen vermitteln, können die Steuerverwaltung voranbringen. Gleiches gilt für Studiengänge, die auf die praktischen Kenntnisse und Erfahrungen der Studierenden aufbauen (z. B. Verwaltungsmanagement). Aber auch eine stärkere Durchlässigkeit zwischen und innerhalb der künftigen Laufbahngruppen muss erreicht werden - was sich aus den beabsichtigten Regelungen nicht ergibt.

Auch wenn dies nicht zum originären Inhalt der Laufbahnverordnung gehört, unterstrich die DSTG Berlin ihre auf dem Gewerkschaftstag im Mai 2012 erneut aufgestellte Forderung nach Anhebung aller Einstiegsämter.

Im Rahmen der Stellungnahme erwartet die DSTG Berlin weiter, dass Planstellen des ersten Einstiegsamtes auch weiterhin getrennt von Beförderungsstellen des jeweiligen Endamtes besetzt werden. Dies betrifft die künftigen Schnittstellen A 6, A 9 und A 13. Zudem wurde gefordert, die Zugangsschranken für den Aufstieg von Laufbahngruppe 1 in Laufbahngruppe 2 (bisher Aufstieg vom mittleren in den gehobenen Dienst) dahingehend zu verringern, dass für den Praxisaufstieg das erste Beförderungsamte (z. Z. A 7) und für den prüfungsgebundenen Aufstieg die Zugehörigkeit zum zweiten Einstiegsamt der Laufbahngruppe 1 (z. Z. A 6) ausreicht.

Zudem fordert die DSTG eine Ergänzung der Inhalte für das zwingend vorgeschriebene Personalentwicklungskonzept. Grundlage muss eine jährlich fortzuschreibende Personalplanung sein, bei der auch die Feststellungen des Frauenförderplans berücksichtigt werden müssen. Fortbildungs- und Qualifizierungspläne gehören in diesen Komplex ebenso wie Überlegungen, was zur Gewinnung einer ausreichenden Anzahl qualifizierter Nachwuchskräfte erforderlich ist.

Die vollständige Stellungnahme finden Sie auf www.dstg-berlin.de.